

Ziblatt, Daniel: *Structuring the State. The Formation of Italy and Germany and the Puzzle of Federalism*. Princeton: Oxford University Press 2006. ISBN: 978-0-691-12167-3; 220 S.

Rezensiert von: Christian Lammert, Zentrum für Nordamerika-Forschung (ZENAF), Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt

Die hier vorliegende Arbeit von Daniel Ziblatt zur Staatsbildung Italiens und Deutschlands im 19. Jahrhundert dürfte sowohl für Historiker von Interesse sein, aber auch in der Politikwissenschaft breiter rezipiert werden. Die mehrfach ausgezeichnete Dissertation präsentiert nicht nur einen neuen Blick auf den Prozess der Staats- und Nationsbildung im 19. Jahrhundert, sie liefert darüber hinaus auch ein wichtiger Beitrag zur Föderalismusdebatte. Anhand einer Analyse der Staatsbildungsprozesse in beiden Fällen will Ziblatt im Kern die Frage beantworten, warum sich in Italien ein unitarischer Staat, in Deutschland hingegen ein föderales System etabliert hat? Gerade aus politikwissenschaftlicher Perspektive, so Ziblatt, sei diese Entwicklung erstaunlich. Schließlich würde die Föderalismustheorie – die bei Ziblatt in erster Linie in Gestalt der bereits vor über 40 Jahren publizierten Studie von William Riker¹ erscheint – anderes prognostizieren: ein föderales System etabliere sich nur, wenn die treibende zentralisierende politische Kraft schwach ist, während ein starkes Zentrum ein unitarisches System durchsetzen würde. Ziblatt zeigt hingegen in seiner Studie, dass ein relativ schwacher Staat (Piemont) in Italien einen unitarischen Staat durchsetzte, während das starke Preußen eine föderale Ordnung in Deutschland implementierte.

Zur Erklärung dieser scheinbar paradoxen Beobachtung führt Ziblatt das zentrale Argument der Studie ein, wonach die vor dem Prozess der nationalen Einigung vorherrschende „infrastructural capacity“ (S. 13) der subnationalen Einheiten den Ausgang des Einigungsprozesses maßgeblich determinieren würden. Wenn die subnationalen Einheiten eine effektive Regierungsfunktion wahrneh-

men können, so Ziblatt, „they can both serve as credible negotiating partners in a process of nation-state formation and can also govern in a federation afterwards, leading the way to a federal outcome“ (S. 13). Das Konzept der „infrastructural capacity“ übernimmt Ziblatt von Michael Mann², der darunter eine bestimmte Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft fasst, in der der Staat in der Lage ist, das Staatsgebiet zu kontrollieren und politische Entscheidungen auch durchzusetzen. Damit betont Ziblatt die seines Erachtens häufig nicht ausreichend berücksichtigte Bedeutung institutioneller Strukturen, die vorhanden sein müssen, um eine föderale Ordnung zu etablieren. Ziblatt will zeigen, „that when designing new political institutions, political actors often find themselves constrained by a complex web of pre-existing norms and formal institutions that require different forms of adaptation“ (S. 151). Mit Hilfe eines solchen akteurszentrierten und historischen Institutionalismus untersucht der Autor die Nationsbildungsprozesse in den beiden Untersuchungsländern.

Im empirischen Hauptteil analysiert Ziblatt mit umfangreichem empirischen Datenmaterial, welche Dynamiken hinter den jeweiligen nationalen Einigungsbewegungen in Italien und Deutschland standen (Kapitel 3 und 4). Hier wird argumentiert, dass die nationale Einigung sowohl durch ökonomische als auch durch politische Motivationen angetrieben wird. Ein Faktor allein reicht nicht aus, um die Prozesse zu beschreiben, es ist vielmehr das relative Gewicht und die spezifische Interaktion dieser beiden Faktoren, die den Einigungsprozess in Gang setzen. Anschließend wird der Prozess der nationalen Einigung selbst detailliert skizziert (Kapitel 5 und 6). Hier wird dann zusätzlich die bereits oben angesprochene infrastrukturelle Kapazität als weitere zentrale Erklärungsvariable eingeführt, die maßgeblich bestimmt, ob sich eine föderale oder unitarische Ordnung etabliert. Ziblatt stellt dabei den Verhandlungsprozess der am Einigungsprozess beteiligten politischen Eliten in den Mittelpunkt. Die infrastrukturelle Schwäche zahlreicher italienischer Staaten ließ Piemont gar keine ande-

¹ Riker, William, *Federalism. Origins, Operations, Significance*, New York 1964.

² Mann, Michael, *The Sources of Social Power*, Vol. 2, Cambridge 1993.

re Wahl als die Etablierung einer unitarischen Herrschaftsordnung. Im Gegensatz dazu konnte Preußen eine föderale Ordnung anstreben, weil es in den anderen deutschen Staaten starke Verhandlungspartner hatte.

Mit seiner kenntnisreichen und im Ansatz sehr originellen Studie liefert Ziblatt wichtige Impulse für die vergleichende Föderalismusforschung, aber auch für unser Denken über den nationalen Einigungsprozess in Italien und Deutschland. An einigen Stellen weist die Studie aber auch kleinere Schwächen und Probleme auf. Zum ersten in der Verarbeitung des empirischen Datenmaterials. Die angewandten statistischen Methoden sind nicht sehr ausgefeilt und die Ergebnisse der Regressionsanalyse haben aufgrund der kleinen Fallzahl nur begrenzte Aussagekraft. Eine stärkere und sicherlich auch mögliche qualifizierende Absicherung der empirischen Ergebnisse wäre hilfreich gewesen. In einigen Fällen, wie beispielsweise bei der Quantifizierung der Unterstützung für den Nationalismus in den einzelnen Staaten, bleibt die Gewichtung der Quantifizierung (1 bis 4) unersichtlich. Auch bei der Vergleichsanordnung und der Auswahl der Einflussvariablen bleiben einige Fragen offen. Zwar argumentiert Ziblatt zu Beginn der Studie gegen andere Faktoren wie Kultur und Sprache, aber er kontrolliert den Einfluss dieser Variablen nicht in seinem Vergleich. Problematisch ist weiterhin, dass Ziblatt das Ergebnis des nationalen Einigungsprozesses als einzige mögliche Form der Einigungsbildung in seiner Vergleichsanordnung voraussetzt. In der Umsetzung des Forschungsdesigns existieren dann nur noch Befürworter oder Gegner dieser einen Lösung. Wie problematisch eine solche Anordnung sein kann, wird insbesondere im deutschen Fall deutlich, wo Ziblatt nur die „kleindeutsche“ Lösung als Option zulässt, eine „großdeutsche“ Option erscheint in der Studie erst gar nicht, die Habsburger Monarchie spielt in Ziblatts Überlegungen keine Rolle. Hier müssten genauer die methodischen Folgen dieser Verengung von Handlungsoptionen thematisiert werden.

Der letzte Kritikpunkt und damit verbunden zugleich die Forderung nach weiterer Forschung bezieht sich auf den Versuch Ziblatts, seine Forschungsergebnisse im 7. Kapi-

tel auf andere föderale Systeme in Europa und Nordamerika anzuwenden. Hier werden mit stark aggregierten Daten die Ergebnisse der Einzelstudien auf aktuelle Staaten in Westeuropa angewandt. Eine detaillierte Analyse eines weiteren föderalen Systems wäre hilfreich, um die aufgezeigten Mechanismen und Einflussvariablen zu bestätigen. Ebenso wäre ein Blick in die außereuropäische Welt sinnvoll, um Ziblatts Argumente für die sozialwissenschaftliche Föderalismusdebatte noch zu stärken.

Bleibt festzuhalten, das Daniel Ziblatt hier eine wegweisende Studie vorgelegt hat, die zahlreiche Anregungen für die weitere Forschungsdebatte im Bereich von ‚state‘- und ‚nation-building‘ Prozessen, aber auch in der Föderalismusforschung bereitstellt. Gerade auch vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte um die europäische Integration und auch die Versuche eines ‚state-building‘ in Afghanistan und Irak, bietet diese historische Arbeit interessante Aspekte und Einsichten.

HistLit 2007-2-144 / Christian Lammert über Ziblatt, Daniel: *Structuring the State. The Formation of Italy and Germany and the Puzzle of Federalism*. Princeton 2006. In: H-Soz-u-Kult 07.06.2007.